

Teure Luftnummer

Frankreich und Deutschland wollen ein gemeinsames Investitionsprogramm auflegen, für das Italien schon Kopfschütteln erntete.

Gerhard Schröder und Jacques Chirac harmonisieren derzeit auch in Friedensfragen. Kaum war Frankreichs Staatspräsident samt seinen Ministern vergangenen Donnerstag am Berliner Flughafen Tegel gelandet, plauderten die beiden Regenten über gemeinsame Visionen. Es gehe darum, „Europa zur weltweit wettbewerbsfähigsten Region zu machen“.

Ausgerechnet jene beiden Länder, die schon zum dritten Mal in Folge den europäischen Stabilitätspakt missachten, wollen nun Europas Wirtschaft ankurbeln und „auf der Basis des Stabilitätspaktes die Wachstumselemente betonen und stützen“, so Schröder.

So sollen frische Milliarden beispielsweise helfen, den Turbo-Zug TGV auf der Strecke Paris–Frankfurt am Main zu beschleunigen. Gemeinsame „Klimaschutzprojekte in Transformations- und Entwicklungsländern“ wollen die beiden anschieben. Sprach Schröder nicht von Wachstumselementen?

Wie soll beispielsweise der „Ausbau des terrestrischen digitalen Hörfunks und Fernsehens“ die europäische Wirtschaft stimulieren? Oder welcher Impuls geht vom „Ausbau des Internet der dritten Generation“ auf die Industrie aus? Wohl ein eher marginaler. Alles ist jedoch Teil dieses vermeintlichen Innovationsprogramms. Dabei haben die beiden Regierungschefs hehre Ansprüche. Sie wollen nichts weniger als die „Gefahr der Deindustrialisierung“ abwenden. Am Ende könnte sich das medienwirksam vorgestellte Innovationsprogramm jedoch als teure Luftnummer erweisen, da die konjunkturelle Wirkung des deutsch-französischen Zehn-Punkte-Plans zu verpuffen droht.

Zwar beteuern Schröder und Chirac unisono, dass sich die neuerlichen Milliardenausgaben nicht auf den Stabilitätspakt auswirken werden, doch auch diese Sicht ist mehr als umstritten. Denn die chronischen Schuldenmacher Schröder und Chirac knüpfen dabei nahtlos an den aberwitzigen Plan an, den der italienische Finanzminister Giulio Tremonti bereits im Sommer vorgelegt hatte. Damals träumte Tremonti davon, bis 2010 jährlich zwischen 50 Milliarden und 70 Milliarden Euro in den Ausbau „transeuropäischer Netze“ zu stecken.

Der Italiener verriet auch, wie das milliardenschwere Programm geschickt finanziert werden könne. So schlug er vor, die EU-eigene Europäische Investitionsbank (EIB) einzuspannen. Mit Hilfe neuer Finanzierungsinstrumente, zum Beispiel der Vergabe von langfristigen Darlehen mit zehnjähriger Zins- und Tilgungsfreiheit, könnte das in Luxemburg ansässige Institut private Geldgeber einsammeln – zusätzlich geködert mit der Aussicht auf ansehnliche Renditen durch Tunnelmaut und Autobahngebühren.

Von seinen europäischen Kollegen erntete Tremonti damals nichts als Kopfschütteln. Als ob neue Eisenbahnstrecken der Motor für einen konjunkturellen Aufschwung wären, zumal so fragwürdig über den Umweg der EIB finanziert. Chirac und Schröder ficht die damalige Kritik nicht an. Im Gegenteil:



Hochgeschwindigkeitszug TGV: Stimulanz der Konjunktur?

Sie tun es dem Italiener gleich. Auch sie greifen bei ihren Überlegungen auf die EIB zurück und versprechen privaten Investoren verbilligte Kredite. Doch genau hier liegt das Problem. Erstens wissen sie nicht, ob es solche Investoren überhaupt gibt – in der Vergangenheit hielten sich die privaten Finanziers eher zurück. Zweitens will die EIB von subventionierten Darlehen bislang noch gar nichts wissen. So könnten die Kosten am Ende doch über Garantien oder Zuschüsse wieder in den Etats der Regierung landen – und die Schuldenlast noch weiter aufblähen.

ALEXANDER NEUBACHER, JANKO TIETZ

Viertel der Befragten plädierten dafür, dass Europa der eigenen Vernunft folgen sollte, zwei Drittel wünschten sich gar ein europäisches „Gegengewicht“ zu Amerika.

Doch in diesem Punkt dürfte der Kanzler über Volkes Stimme hinweggehen. Er will Frieden mit dem amerikanischen Präsidenten – und die Völker sollen dabei zusehen.

Die Kenner der außenpolitischen Szene haben diese Veränderung längst erspürt. „Schröder strotzt vor Selbstbewusstsein – und nicht zu Unrecht“, bekräftigt Christoph Bertram, Chef der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Die Amerikaner, so sieht es auch ein hoher Diplomat, „sind im Moment noch ein bisschen mehr an guten Beziehungen interessiert als wir“. Um seine umstrittene Außenpolitik nach innen abzusichern, müsse Bush dringend belegen, dass er sich ernsthaft um internationale Unterstützung bemühe.

Aufmerksam und ersichtlich erleichtert sind in Berlin die Spannungssignale aus Washington registriert worden. So kündigte Bush schon Anfang August auf seiner Ranch im texanischen Crawford aus heiterem Himmel an, er „freue“ sich darauf, Schröder für die „robuste“ Hilfe aus Germany in Afghanistan zu danken. Bald darauf stellte sein Außenminister Colin

Powell in einem ARD-Interview klar, dass man im Irak nur begrenzt mit Berliner Hilfe rechnen: „Ich erwarte jedenfalls keine deutschen Soldaten.“

Der entscheidende Hinweis allerdings wurde diskret übermittelt. Im Weißen Haus konnten deutsche Besucher von Condoleezza Rice, der mächtigen Sicherheitsberaterin des Präsidenten, einen Satz hören, den sie längere Zeit kaum noch für möglich gehalten hatten: „Unsere Beziehungen zu Deutschland sind die zentralen Beziehungen zu Europa.“

Die amerikafreundlichen Briten bleiben von dieser Aussage natürlich ausgenommen – aber auch so wurde sie in der Berliner Regierung als kleine Sensation gefeiert. Immerhin waren es Italiener, Polen und Spanier, die sich mit ihrer bedingungslosen Zustimmung zum Irak-Feldzug als neueuropäische Amerika-Freunde hervorgetan hatten.

Doch Schröder, bis vor kurzem in Washington noch unerwünschte Person, zeigt sich bemüht, seinen Übermut zu dämpfen. Er weiß, dass er seine plötzliche Wertschätzung nicht eigener Leistung verdankt, sondern vor allem dem Unglück der Amerikaner, die sich im Irak in eine unhaltbare Lage gebracht haben und nun verzweifelt nach Partnern suchen.